

LINKS BL·BS

Mitgliederzeitung der SP Schweiz
210 · Ausgabe BL·BS · Februar 2024



Es braucht mehr Kooperation im regionalen Gesundheitswesen

Für eine bestmögliche Gesundheitsversorgung in der Region und gute Arbeitsbedingungen für das Pflegepersonal setzen wir uns als SP engagiert ein. Die steigenden Gesundheitskosten belasten durch die immer teurer werdenden Krankenkassenprämien die Bevölkerung zunehmend. Es braucht deshalb jetzt mutige und kantonsübergreifend abgestützte politische Lösungen. Als SP haben wir deshalb gleichlautende Motionen im Landrat und im Grossen Rat für eine verbindliche Kooperation des Universitätsspitals Basel und des Kantonsspitals Baselland eingereicht.

Wir ziehen an einem Strick

Bei den beiden kantonalen Abstimmungen über die Spitalfusionen 2019 waren wir uns innerhalb der Partei nicht einig. Zwar waren wir schon damals alle überzeugt vom Sinn einer gemeinsamen Gesundheitsregion und haben uns auch dafür eingesetzt. Die vorgeschlagene Fusion der kantonalen Spitäler wurde aber von den Städter:innen abgelehnt. Die damalige Kritik richtete sich unter anderem gegen die vorgesehene Rechtsform der Aktienge-



Lucia Mikeler Knaack,
Landrätin



Melanie Eberhard,
Grossrätin

sellschaft, die ungleiche Beteiligung und Finanzierung sowie ungeklärte Fragen auch in Bezug auf das Personal. Heute, vier Jahre später, wagen wir gemeinsam einen neuen Anlauf. Dabei kann nicht auf eine weitere Privatisierung des Gesundheitswesens gesetzt werden. Denn es hat sich gerade in den letzten Jahren verstärkt gezeigt, dass das Gesundheitswesen kein Markt ist, der sich über den Geldhebel sinnvoll steuern lässt. Hingegen zeigt sich, dass die Zufriedenheit des Personals ein entscheidender Faktor für die Versorgungsqualität ist.

Die Spitäler müssen enger zusammenarbeiten

Bei den kantonalen Spitalern, insbesondere dem Universitätsspital Basel und dem Kantonsspital Baselland mit dessen Standorten Liestal und Bruderholz, gibt es aktuell grossen Erneuerungs- und Weiterentwicklungsbedarf. Dieser wird für die Spitäler beider Kantone zu hohen Investitionskosten führen. Damit diese tragbar sind und die Menschen unserer Region auch in Zukunft auf eine hohe Qualität in der Gesundheitsversorgung zählen können, ste-

hen beide Kantone nun in der Pflicht. Die Zusammenarbeit der kantonalen Spitäler muss verbessert, alle Ausbauinvestitionen müssen aufeinander abgestimmt werden. Denn ohne Koordination innerhalb der Gesundheitsregion und mit einem einseitigen Ausbau der Infrastruktur durch die beiden Spitäler wären Überkapazitäten und weiter steigende Gesundheitskosten programmiert. Um Alleingänge der Spitäler zu verhindern, haben wir als SP in beiden Kantonen breit abgestützte Motionen eingereicht: Wir fordern damit mehr Kooperation der öffentlichen Spitäler, insbesondere in Bezug auf ihre Investitionen, und eine engere Zusammenarbeit der Kantone in der Gesundheitsversorgung.

Durch eine engere Zusammenarbeit der Spitäler können die Gesundheitsversorgung der Patient:innen verbessert und Überkapazitäten verhindert werden. Damit tragen wir zur Verringerung der steigenden Kosten und zur Sicherung der hohen Qualität unserer Spitäler bei. Wir leben in *einer* Region und sollten deshalb – im Sinne der Menschen – auch in der Gesundheitsversorgung enger zusammenarbeiten.

Mustafa ATICI

in die
Regierung

Mit
Herz &
Verstand

SP

Mustafa: Ein Gewinn für die Basler Regierung



Lisa Mathys, Präsidentin der Kantonalpartei

Mit 23 Jahren beschloss ein junger Mann nach seinem Abschluss als Industrieingenieur an der Universität Ankara, aus der Türkei in die Schweiz zu kommen, um in Basel zu studieren. Er ist geblieben, machte Basel zu seiner Heimat, schloss mit dem Master an der Uni Basel ab, gründete eine Familie und ein Gastrounternehmen und legte eine politische Karriere hin – bis in den Nationalrat. Sein Deutsch ist nicht perfekt, aber es hat für ein Studium und die äusserst anspruchsvolle Arbeit im Nationalrat gereicht. Mustafa Atici ist ein Pionier und heute einer der bekanntesten und erfahrensten Politiker unseres Kantons. Er führt sein Unternehmen, berät andere Unternehmer:innen und ist seit 2008 Mitglied des Basler Gewerbeverbandes.

Die Themen und der «Mustafa-Stil»

Mustafas bisherige Schwerpunkte waren die Sozialpolitik, Wirtschaftspolitik und die Finanzen und natürlich Migrationspolitik.

Unterstütze jetzt die Kampagne von Mustafa

- Schreibe Postkarten
- Hänge ein Plakat auf
- Spende



Besonderes Herzblut steckt er seit 20 Jahren in die Bildungspolitik, ganz besonders die Berufsbildung. Denn Mustafa Atici weiss: Eine solide Berufsausbildung ist für Jugendliche eine optimale Basis für das ganze Leben. Wichtig sind Mustafa auch alle Fragen der Integration und Diversität – sei es in der Kultur, im Berufsleben oder in den Schulen.

Ein Regierungsrat muss für jedes Departement bereit sein und sich mit allen politischen Themen beschäftigen. Entscheidend sind bei dieser Aufgabe der Stil, die Haltung, die Persönlichkeit. Mustafa pflegt eine grosse Nähe zu den Menschen. Im Joggeli-Stadion, im Quartier, in den Vereinen, im Tram ist er im Gespräch mit den Leuten. Er stellt Fragen, er hört zu, weiss Bescheid über die grossen Themen und kleinen Sorgen, er kennt unseren Alltag, auch die harten Realitäten. So kann er sich gut vorstellen, als Regierungsrat zum Beispiel Quartiersprechstunden «Mustafa hört zu» einzuführen.

Den gesellschaftlichen Zusammenhalt stärken, Gräben zuschütten

Mustafa zielt immer darauf ab, die Menschen zusammenzubringen. Den potenziellen Lehrling mit dem Lehrbetrieb. Die Mutter mit der Kita-Verantwortlichen. Den Vater, der sich Sorgen um seinen Sohn macht, mit den Behörden. Den Gewerbler mit dem Gewerbeinspektorat. Nur im persönlichen Gespräch entstehen Lösungen. Das will er auch im Regierungsrat und im Regierungspräsidium so machen. Sein Ansatz: Politik zu machen, die den Bedürfnissen aller Basler:innen entspricht, Gräben zuschütten, das Gemeinsame betonen, mit Wertschät-

zung und Respekt diskutieren und gemeinsame Lösungen suchen.

Liefern, vorankommen, Leuchtturm sein

Er diskutiert nicht nur, Mustafa fällt auch klare Entscheidungen. Als Unternehmer macht er das jeden Tag. Nach dem Zuhören und Verhandeln muss entschieden werden. Eine Kantonsregierung muss liefern. Das erwartet die Bevölkerung zu Recht. Dafür ist Mustafa bereit. Ob in der Forschung, der Klimapolitik oder bei der Integration, Basel soll Pionier bleiben, der Bevölkerung soll es gut gehen, der Boden für einen erfolgreichen Kanton von morgen wird heute gelegt. Dafür arbeitet unser Mustafa Atici seit über 20 Jahren in der SP. Wir wünschen uns noch mehr Mustafa für Basel. Unser gemeinsames Ziel für den 3. März 2024 heisst darum: Regierungsrat und Regierungspräsident Mustafa Atici!

MUSTAFA ATICI

Geboren 1969, verheiratet mit Cennet, 2 Söhne (18 und 22), wohnt in Basel

- Dipl. Industrieingenieur Universität Ankara, Master of European Studies Universität Basel
- Chef Gastrounternehmen (Catering Joggeli-Stadion und mehr), erfolgreicher Unternehmer und erfahrene Führungspersönlichkeit
- 14 Jahre Grosser Rat und Mitglied Finanzkommission, 4 Jahre Nationalrat und Mitglied Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur



Mustafa Atici packt an, im Stadion, in der Politik – und wenn es darum geht, Menschen in seinem Umfeld zu unterstützen.



Die bisherigen SP-Regierungsmitglieder Kaspar Sutter und Tanja Soland freuen sich über die Kandidatur von Mustafa an der Delegiertenversammlung vom 20. Dezember.

Bundesfeiern in Basel

Im Dezember 2023 durften wir in Basel gleich mehrfach feiern: zuerst das Ständerats- und das Nationalratspräsidium mit Eva Herzog und Eric Nussbaumer. Nur eine Woche später wurde Beat Jans zum Bundesrat gewählt. Ein paar Eindrücke von den Festivitäten in Bildern.



Eva und Eric erhalten von Basel ein Fass Bier



Auf dem Marktplatz, mittendrin



Beat und Tracy Jans singen mit dem Surprise Chor mit



Das Co-Präsidium der SP Schweiz zu Besuch in Basel



Am Abend nach der Wahl kommt Beat nach Basel



Begehrte Selfies

NEUE PRÄSIDIUMS-ZUSAMMENSETZUNG

Kurz musste ich es mir schon überlegen. Möchte ich mich nochmals tief in den Parteistrukturen engagieren? Ich will es, weil es in dieser Partei im besten Sinne lodert und funkt. Dieses Feuer für eine gerechte Gesellschaft, ein Basel, das niemanden zurücklässt, brennt dank den Genoss:innen in den Sektionen, in den Vorständen, in den Fraktionen aller drei Parlamente, im Sekretariat, auf den Regierungsbänken, in den Sachgruppen, an der Delegiertenversammlung, im PV – und nicht zuletzt im Präsidium.

Ich bin überzeugt: Es braucht diese sozialdemokratische Partei, die seit weit über hundert Jahren den Kampf führt – den Kampf für umfassende Chancengerechtigkeit hier und jetzt und ebenso für einen Planeten, der eine Zukunft für die folgenden Generationen bietet.

Meine Aufgabe als Vizepräsident sehe ich vor allem darin, dass unsere Gremien und unser Sekretariat beste Voraussetzungen für ihre grosse transformative Arbeit haben.

*Martin Leschhorn Strebel,
Vizepräsident der Kantonalpartei seit 1. Januar 2024*



Stefan Wittlin verabschiedet sich aus dem Präsidium per 31. Dezember 2023

DANKE FÜR ALLES, STEFAN!

Der Beitrag von Stefan Wittlin zur Präsidiumsarbeit war sehr bedeutend: Neben den Gremien, für die wir als

Gesamtpräsidium verantwortlich sind, war er zuständig für unsere Mitarbeitenden auf dem Sekretariat, für die Sachgruppen, für die Vorbereitung der Bürger:innengemeinderatswahlen, übernahm fürs Präsidium spontan den Einsitz in der Wahlleitung und sprang generell immer ein, wenn es jemanden brauchte. Stefan tat dies mit einer unglaublichen Parteidienlichkeit, mit bewundernswerter Besonnenheit und überlegter Klarheit. Wir konnten uns immer zu 100 Prozent auf ihn verlassen. Es passt perfekt zu ihm, dass er uns auch seinen Rücktritt so früh kommunizierte, dass wir in Ruhe eine passende Nachfolgelösung finden konnten. Obwohl wir uns auf die Zusammenarbeit mit Martin sehr freuen, lassen wir dich nicht gerne ziehen, Stefan. Danke für alles! Wir sind froh, dass du künftig etwas mehr Luft für dich und deine Familie hast und dass du deine Arbeit im Grossen Rat weiterführst.

Lisa und Marcel

Initiativen für mehr Solarstrom und Solarwärme im Baselbiet

Vor kurzem hat die Gemeindeversammlung in Gelterkinden, dank der Initiative eines SP-Gemeinderates, eine grosse Solaranlage für die Mehrzweckhalle bewilligt. So erfreulich dieser Beschluss ist: Um den ökologischen Umbau zu schaffen, sind zahlreiche weitere solche Anlagen nötig.

In der Schweiz sind im Jahr 2023 denn auch so viele Sonnenkollektoren ans Netz gegangen wie noch nie zuvor. Trotzdem gehören wir im europäischen Vergleich bei den erneuerbaren Energieträgern Sonne und Wind noch lange nicht zur Spitzengruppe. Die Solar-Initiative der SP Baselland sieht nun vor, dass bei Neu- und Umbauten alle geeigneten Dach- und Fassadenflächen mit Solarmodulen ausgerüstet werden. Geeignete Dächer bestehender Gebäude in Industrie- und Gewerbebezonen sowie in Zonen für öffentliche Bauten sollen bis 2035 nachgerüstet werden. Auch für grössere ungedeckte Parkplätze ist die Solarnutzung vorzusehen.

Die SP Gelterkinden wird deshalb weiterhin beim Unterschriftensammeln für die kantonale Solar-Initiative mithelfen. Solaranlagen müssen verbindlich gefordert und gefördert werden, Freiwilligkeit alleine genügt nicht.

Dank Solarstrom und Solarwärme werden wir unabhängig von fossilen Energieträgern und können zusammen mit den weiteren erneuerbaren Energieformen den wichtigen Atomausstieg schaffen.

Annemarie Spinnler, Matthias Schürch,
Lars Trachler, SP Gelterkinden



Matthias Schürch, Annemarie Spinnler und Lars Trachler (von links nach rechts) präsentieren die gesammelten Unterschriften.

Spannender Jahresauftakt der SP Baselland in Muttenz



Salome Lüdi, Gemeinderätin und Co-Präsidentin SP Muttenz

Als SP Muttenz durften wir das politische Jahr traditionell mit dem Dreikönigsapéro eröffnen. Dieses Jahr ist uns positiv aufgefallen, dass wir nicht nur viele bekannte Gesichter begrüssen durften, sondern auch viele junge, interessierte Nichtmitglieder den Weg zu unserem Anlass gefunden haben. Dies war wohl auch unserer diesjährigen Gästin, Anna Rosenwasser, zu verdanken.

Als Neo-Gemeinderätin, die sich selbst im Begriff LGBTQ zu Hause fühlt, hat es mich besonders gefreut, mit der neu gewählten Nationalrätin des Kantons Zürich, Autorin, Kolumnistin und Aktivistin Anna Rosen-

wasser ein spannendes, aber auch bewegendes Gespräch über LGBTQ-Rechte in der Schweiz zu führen.

Als Einstieg stellte ich ihr die Frage, die wohl den meisten Gäst*innen im Saal unter den Nägeln brannte, nämlich wie Anna ihre doch überraschende Wahl verarbeitet hat. In der anschliessenden Fragerunde konnten es sich einige Interessierte nicht verkneifen, Anna diesbezüglich etwas genauer auf den Zahn zu fühlen.

Im Laufe des Podiums klärte Anna das Publikum über – leider – nicht verbreitete Begrifflichkeiten auf und demonstrierte damit lebhaft, dass unser Bildungssystem im Bereich der Aufklärung teilweise versagt.

Zusammenfassend konnte Anna, metaphorisch unterstrichen durch die Farben des Regenbogens, dem Publikum verdeutlichen, wie wichtig es ist, sich weiterhin im Alltag und politisch für unsere LGBTQ-Mitmenschen einzusetzen, aber auch nicht zu vergessen, die bisherigen Erfolge zu feiern.

VAKANZEN SCHULRAT GYMNASIEN MUTTENZ, OBERWIL, MÜNCHENSTEIN

Für die Gesamterneuerungswahlen der Schulräte der Basellandschaftlichen Gymnasien für die Amtsperiode 1. August 2024 – 31. Juli 2028 bestehen insgesamt drei Vakanzen an den Gymnasien Münchenstein, Oberwil und Muttenz.

Interessierte bewerben sich bitte möglichst bald und spätestens bis zum 23. Februar 2024 per Mail an Parteisekretärin Yasmine Perrinjaquet (yasmine.perrinjaquet@sp-bl.ch).

Für die Nomination von Kandidierenden für Schulräte der Gymnasien ist die Geschäftsleitung der SP Baselland zuständig.

Die Schulräte der Gymnasien setzen sich aus 7 Mitgliedern zusammen. Sie tragen die strategische Verantwortung für die jeweilige Schule. Sie genehmigen das Schulprogramm, sind die Anstellungsbehörde und die zweite Rekursinstanz bei Beschwerden.

NEUBESETZUNG: PRÄSIDIUM DER SP BASELLAND

Präsidentin Miriam Locher sowie die Vizepräsidenten Jonas Eggmann und Nils Jocher gaben an der Delegiertenversammlung vom 9. Januar bekannt, dass sie bei der Geschäftsdelegiertenversammlung am 20. April für ihre Ämter nicht mehr zur Wiederwahl antreten werden. Infolgedessen ist das Präsidium per 20. April neu zu besetzen.

In der Sitzung vom 11. Januar hat die Geschäftsleitung der SP Baselland für die Neubesetzung eine Findungskommission eingesetzt, bestehend aus Lucia Mikeler Knaack, Kathrin Schweizer und Marianne Quensel. Diese Kommission ist verantwortlich für die Entgegennahme von Kandidaturen und steht für Fragen bezüglich der Aufgaben des Amtes zur Verfügung.

Personen, die Interesse an der Position als Präsident:in oder Vizepräsident:in der SP Baselland haben, werden gebeten, bis spätestens 23. Februar ihre Kandidatur bei der Kommissionspräsidentin Lucia Mikeler Knaack einzureichen. (lucia.mikeler@bluewin.ch)



Angelika Meier
Birsfelden



Christine Dollinger,
Reinach



Christine Koch
Aesch



Désirée Jaun
Birsfelden



Eveline Sprecher,
Aesch



Lukas Felix
Liestal



Florian Schreier
Birsfelden



Andreas
Schmidt, Lausen



David Foggetta
Sissach



Marcel Blatter
Lausen



Markus Huber
Reinach



Pascale Meschberger,
Liestal



Lea Mani
Arlesheim



Peter Vetter
Arlesheim



Stephan Appenzeller,
Binningen



Philippe Meerwein,
Binningen



Caroline Rietschi
Binningen



Robert Weller
Bottmingen

UNSERE KANDIDIERENDEN FÜR DIE BASELBIETER GEMEINDERÄTE

Voller Einsatz für soziale Gemeinden in Baselbiet, auch mit unzähligen Kandidierenden auf Liste 2 für die Einwohnerräte oder Gemeindekommissionen



Philipp Bollinger
Bottmingen



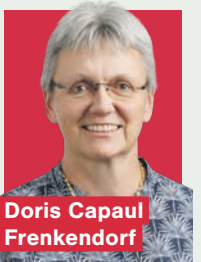
Caroline Stähelin,
Bottmingen



Christian Lischer
Ettingen



Urs Kaufmann
Frenkendorf



Doris Capaul
Frenkendorf



Richard Hofer
Füllinsdorf



Mirjam Würth
Frenkendorf



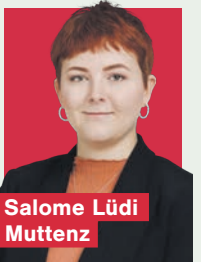
Dieter Rehmann
Münchenstein



Jeanne Locher
Münchenstein



Ursula Lüscher
Münchenstein



Salome Lüdi
Muttenz



Yves Laukemann
Muttenz



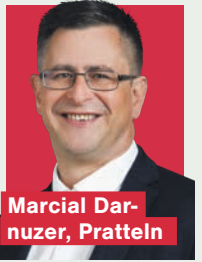
Martin Rüegg
Gelterkinden



Peter Thanei
Oberwil



Rahel Graf
Pratteln



Marcial Darnuzer,
Pratteln



Philipp Brugger
Therwil



Claudia Degen
Therwil



Matthias Schürch
Gelterkinden



Christoph Belser
Gelterkinden



Christoph Morat
Allschwil



Silvia Stucki
Allschwil



Andreas Bammatter,
Allschwil



Hannes Schweizer,
Oberdorf

Unvollständige Liste der GR-Kandidierenden der SP

KLIMAKRISE IM FOKUS

So schaffen wir eine solidarische Energiewende im Baselbiet

Am 25. Mai 2024 lädt die AG Bildungsweekend herzlich zum Bildungstag in der Mensa des Gymnasiums Liestal ein. Als Sozialdemokrat:innen tragen wir nicht nur die Verantwortung für die Gegenwart, sondern auch für die Zukunft. Der Tag steht im Zeichen der Klimakrise und der absoluten Notwendigkeit einer solidarischen Energiewende im Baselbiet.



Katja Schwab

Die Klimakrise ist nicht nur eine ökologische Herausforderung, sondern fordert auch soziale Gerechtigkeit und Solidarität, besonders für die Schwächsten in unserer Gesellschaft. Handeln ist gefragt, und wir müssen es gemeinsam tun.

Der Tag beginnt um 9.30 Uhr mit einem Empfang inklusive Gipfeli und Kaffee. Martin Reichlin, Co-Leiter der Subkommission Klima & Energie der SP CH, wird um 10 Uhr in das Thema der Klimakrise einführen. Um 11.15 Uhr wirft Nationalrat Roger Nordmann einen Blick auf die Klimapolitik des Bundes, inkl. Exkurs zur europäischen Perspektive. Nach einer stärkenden Mittagspause folgen von 13.30 bis 18 Uhr drei Workshops zur intensiven Auseinandersetzung mit verschiedenen Aspekten der Energiewende im Baselbiet, bevor wir den Tag beim Apéro ausklingen lassen.

Die drei Workshops haben folgende Themen:
1. Dekarbonisierung bis 2045: Leo Keller,

Co-Leiter der Subkommission Klima & Energie SP CH und Präsident des Fachausschusses Energie und Klima der SP AG, leitet diesen Workshop.

2. Nachhaltige Energieproduktion: Thomas Noack präsentiert zusammen mit der AG-Klimaplan die Herausforderungen und Ziele für eine umweltfreundliche Energiezukunft in Baselland.
3. Klimaanpassung in den Gemeinden: Caroline Rietschi gibt Einblicke, wie Gemeinden die unvermeidlichen Folgen der Klimakrise minimieren und die Energiewende vorantreiben können.



Wir freuen uns auf zahlreiche Teilnahme und einen inspirierenden Bildungstag für eine erfolgreiche Energiewende im Baselbiet inmitten der Klimakrise! Die Anmeldung ist über den QR-Code oder per Mail an info@sp-bl.ch möglich.

Öise Eric ist höchster Schweizer

Eric Nussbaumer wurde am 4. Dezember 2023 für ein Jahr zum Nationalratspräsidenten gewählt: mit 180 Stimmen, einem wahren Glanzresultat. Sie machten «öise» Eric zum höchsten Schweizer. Schon wenige Wochen später leitete er souverän die Gesamterneuerungswahlen des Bundesrates, wo mit Beat Jans ein neuer Sozialdemokrat in die Regierung gewählt wurde. Bereits seit 2007 setzt Eric Nussbaumer sich im Nationalrat für so-

zial verträgliche und praktikable Lösungen für die Menschen und ihr Zusammenleben ein. Er war einer der treibenden Köpfe hinter der Energiestrategie 2050, welche die Abhängigkeit von fossilen Energien reduziert und die einheimischen Erneuerbaren stärkt. Ausserdem setzt er sich für gute Beziehungen und eine zukunftsfähige Zusammenarbeit zwischen der Schweiz und der Europäischen Union ein. Entsprechend erstaunt das Motto

seines Präsidialjahres nicht: «Grenzen überschreiten – Horizont erweitern». Gerade für uns im Baselbiet mit unserer Lage im Dreiland ist es wichtig, gute Kontakte über die Landesgrenzen und die Kantonsgrenzen hinaus zu pflegen. Mit dem Ziel, ein Leben in Wohlstand und Würde für alle zu ermöglichen. Wir sind stolz und gratulieren herzlich zu dieser neuen Aufgabe, die Eric sicherlich weiterhin mit Bravour meistern wird.



Eric Nussbaumer und Eva Herzog auf der Bühne auf dem Marktplatz in Basel.



Eric Nussbaumer im Austausch mit der Bevölkerung im Stedli in Liestal.

AUS DEM GROSSEN RAT

Basel ist bunt: Inklusiver Gleichstellung gesetzlich verankert

Der Grosse Rat hat im Januar 2024 das Gleichstellungsgesetz Basel-Stadt überarbeitet. Das Gesetz legt den Boden für eine inklusive Gleichstellungsarbeit im Kanton. Die SP-Fraktion hat sich im Vorfeld der Grossratsdebatte wirksam für den jetzt beschlossenen Kompromiss eingesetzt.

Im revidierten Gleichstellungsgesetz wird die Begriffsdefinition zeitgemäss an international anerkannte Richtlinien bezüglich Geschlechtervielfalt angepasst. Das Gesetz geht auf das Zusammenspiel der verschiedenen Elemente ein: soziales Geschlecht, biologisches Geschlecht, Geschlechtsidentität und Geschlechtsausdruck. Damit richtet sich die Justiz-, Sicherheits- und Sportkommission (JSSK) in ihrem Kompromiss nach

den Yogyakarta-Prinzipien, ergänzt durch die Anlehnung an die Istanbul-Konvention.

Konkrete Verbesserung für LGBTIQ

Neu kann die Verwaltung auch Beratungen zu LGBTIQ-Themen anbieten. Zudem verbietet das Gesetz ausdrücklich Diskriminierungen aufgrund der sexuellen Ausrichtung. Ein Schlichtungsverfahren kann nun explizit auch aufgrund der sexuellen Orientierung eingeleitet werden. Damit holt der Kanton Basel-Stadt in internationalen Rankings auf, was die Diskriminierungsproblematik von LGBTIQ-Personen betrifft.

Gleichstellung zwischen Frauen und Männern bleibt zentral

Im Rahmen der Vernehmlassung zum neuen Gesetz wurden Stimmen laut, dass die Gleichstellung von Frauen und Männern in

den Hintergrund rücke. Uns ist es als SP-Vertreterinnen ein grosses Anliegen, dass dies nicht geschieht. Wir haben uns deshalb in der Kommission dafür eingesetzt, dass die juristischen Begriffe von «Frauen» und «Männern» erhalten bleiben. Die materielle Gleichstellung zwischen den beiden binären Geschlechtern ist nicht erreicht. Und der Handlungsbedarf bleibt gross. Die Förderung der Gleichstellung von LGBTIQ ist als zusätzlicher Auftrag zur Gleichstellungsförderung zwischen Frauen und Männern zu verstehen.

Wir freuen uns sehr, dass die deutliche Mehrheit des Grossen Rats dem Kompromiss der JSSK gefolgt ist und die SP massgeblich zu dessen Ausarbeitung beitragen konnte.

Edibe Gölgeci, Grossrätin
Barbara Heer, Grossrätin und JSSK-Präsidentin

AUS DEM LANDRAT

Falsche Schwerpunkte im Aufgaben- und Finanzplan

Wie jedes Jahr diskutierte der Landrat Mitte Dezember den Aufgaben- und Finanzplan (AFP 2024 – 2028). Wenig überraschend wurde im Budget 2024 ein Defizit von 57 Millionen Franken beschlossen. Hauptursachen sind die letzten Steuerreformen und die fehlenden Beiträge der Nationalbank. Aus Sicht der SP setzt der Regierungsrat neben den Themen Klima und Energie die falschen Schwerpunkte. Statt Standortqualität und Digitalisierung müssten die Gesundheitskosten und der Kaufkraftverlust im Fokus stehen.

Im Sorgenbarometer der Bevölkerung stehen die stark steigenden Gesundheitskosten mit viel höheren Krankenkassenprämien an erster Stelle. Die SP forderte höhere Beiträge für mehr Menschen. Ein Teil der Bürgerlichen konnte sich wenigstens zu etwas höheren Beiträgen durchringen. Es ist klar, dass nur ein entschlossenes Anpacken der Grundprobleme den Prämienanstieg stoppen kann. Es braucht endlich eine wirkungsvolle regionale Zusammenarbeit im Gesundheitswesen. Das ruinöse Wettrennen der Spitäler im gescheiterten freien Markt muss gestoppt werden.

Seit dem Jahr 2001 hat die Bevölkerung über 6 Prozent an Kaufkraft verloren. Den Menschen bleibt real immer weniger Geld im Portemonnaie. Der Ausgleich der Teuerung ist notwendig, greift aber zu kurz. Der Landesindex, von welchem die offizielle Teuerung abgeleitet wird, ist zu wenig umfassend. Die Löhne in den Tieflohnberufen müssen markant angehoben werden, damit die Menschen vom Lohn ihrer Arbeit leben können. Im Armutsbericht 2019 weist die Regierung aus, dass rund 30 Prozent der Bevölkerung unseres Kantons ohne Unterstützungsmass-

nahmen wie Mietzinsbeiträge und Beiträge an die Krankenkassenprämien armutsbetroffen wären. Es ist gut, dass es diese Unterstützung gibt. Das Grundproblem ist aber der viel zu tiefe Lohn in vielen Berufen.

SP wehrt sich gegen weitere Steuergeschenke

Die SP wird sich in den nächsten Jahren entschlossen gegen weitere einseitige Steuerreformen zu Gunsten sehr reicher Menschen einsetzen. Diese werden immer offener von Bürgerlichen gefordert. Wir werden nicht mitmachen beim ruinösen Steuerwettbewerb zwischen den Kantonen, der dem Staat immer mehr dringend benötigte Mittel entzieht. Wir werden in den nächsten Budgetdebatten den Fokus auch auf die Einnahmenseite richten und uns für gute Lösungen für alle Menschen einsetzen.

Ernst Schürch, Landrat, Rünenberg